

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei direkter Bestellung ohne Einschlag monatlich 4.— M., bei Zustellung unter Straßband 4.— M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragene Zeitung.

Inserate kosten die nächstgrößte, Doppelpostzeitung oder deren Raum 1,20 M., Wortzeilen das Jahr 60 Pf., je nach weiterer Wert 25 Pf. Einmalige Anzeigen 10 Pf. Bei Familien- u. Vereinsangeboten 1/2 des Preises. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fortdauer der Kämpfe im Osten.

Die Katastrophe der Weißen Garden bei Pflow.

Eigener Drahtbericht der 'Freiheit', Stockholm, 30. August.

Aus Pflow wird gemeldet, daß der Fall Pflows zu einer vollständigen Katastrophe für die konterrevolutionäre Nordarmee geführt habe. Diese wurde total vernichtet und riesige Verluste erlitten. Es werden nunmehr zwischen der bolschewistischen und estnischen Regierung Friedensverhandlungen gepflogen.

Die Blockade gegen Rußland.

Eigener Drahtbericht der 'Freiheit', Stockholm, 30. August.

Als seitherzeit gemeldet wurde, hatten sich viele hundert schwedische Arbeiterfamilien bereit erklärt, unteremännliche russische Arbeiter aus Sowjetrußland in Pension zu nehmen. Das schwedische Rote Kreuz war auch bereit, einen Transportdampfer nach Pflowburg zu entsenden, wozu die schwedische Regierung ihre Zustimmung gab. Nunmehr wird vom auswärtigen Ministerium erklärt, daß die englischen Behörden den Durchgang nach Rußland heute verweigern. Die Deputation der Metallarbeiter, die zuvor Wiederaufnahme der geschäftlichen und konsularischen Beziehungen bei der Regierung vorstellig wurden, erhielt die gleichzeitige Antwort. Der Minister des Reichs, Hellner, erklärte weiter, daß, wenn von schwedischer Seite versucht werden würde, die Blockade zu brechen oder schwedische Handelsschiffe durch militärisches Geleit zu sichern, auf einen Krieg mit der Entente zu rechnen wäre. Deshalb sei die Wiederaufnahme der Beziehungen vorläufig unmöglich.

Wahlrechtsverschlechterung in Ungarn.

Budapest, 30. August.

Der Ministerrat hat den Wahlrechtsentwurf für die Nationalversammlung angenommen. Das Wahlrecht gebührt demnach jedem Mann über 24 Jahre, der zumindest sechs Jahre ungarischer Staatsbürger und ein halbes Jahr in derselben Gemeinde ansässig ist. Minderjährige steht das Wahlrecht zu, falls sie vor dem 1. November 1918 wenigstens zwei Wochen im Felde standen. Von den Frauen, für welche die Wahlrechtsbedingungen im übrigen die gleichen sind wie für die Männer, wird nach Kenntnis des Lebens und Schreibens in ungarischer oder deutscher Landessprache gefordert. Wählbar ist jeder über 20 Jahre alte Wähler. Jeder Wahlbezirk wählt einen Abgeordneten. Die Abstimmung erfolgt direkt, geheim und gleichberechtigt.

Die Nachricht, daß die Regierung Friedrich zurücktritt, weil die Entente sie nicht anerkannt habe, ist unrichtig.

Der österreichische Friedensvertrag wird am Dienstag überreicht.

Paris, 31. August.

Der Oberste Rat der Alliierten hat heute vormittag den österreichischen Friedensvertrag und den Beitritt zum Vertrag von Saint Germain am 7. September ratifiziert. Die Unterzeichnung soll in Saint Germain am 7. September stattfinden. — 'Lombard' betont, daß der Friedensvertrag noch nicht über das Schicksal Rumens entscheidet.

Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 31. August.

Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie des ehemaligen Oesterreichs ist am 31. August in Wien im Hotel 'Kaiserhof' zusammengetreten. Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie hat sich am 31. August in Wien im Hotel 'Kaiserhof' zusammengetreten. Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie hat sich am 31. August in Wien im Hotel 'Kaiserhof' zusammengetreten.

die Versammlung mit einer Rede, in der er den Gewaltfrieden beklagte, durch den auch die sozialdemokratische Partei fast die Hälfte ihrer Mitglieder verlor, und zwar die bessere Hälfte. Denn dies seien die nordböhmischen Arbeiter, die an dem Sozialismus mitgearbeitet hätten, wie kaum eine andere Arbeiterschaft in Oesterreich. Er forderte jedoch auf, nicht zu klagen, sondern sich zu neuen Zielen zu sammeln.

Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

London, 30. August.

Das Reutersche Bureau meldet: Es sind Anordnungen zur Heimbeförderung der auf französischem Boden in englischer Hand befindlichen deutschen Gefangenen getroffen worden.

Paris, 31. August.

Nach der Pariser Ausgabe des 'New York Herald' sollen Amerika und England beschloßen haben, im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche täglich zweitausend deutsche Kriegsgefangene abzutransportieren. Augenblicklich befänden sich 48 000 deutsche Kriegsgefangene unter amerikanischer Bewachung. Das Blatt sagt wörtlich: Die französische Regierung will die unter ihrer Bewachung befindlichen Gefangenen zurückbehaltten, bis der Friedensvertrag ratifiziert ist.

Man wird gut tun, diese Nachricht mit Vorsicht aufzunehmen, da bisher keine Bestätigung dafür vorliegt, daß der Abtransport der Kriegsgefangenen so schnell vor sich geht.

Keine Herabsetzung der Heeresstärke.

Ein Erfolg Noskes.

Darmstadt, 30. August. (H. L. W.)

Zum Besuch des Reichspräsidenten Ebert in Darmstadt wird weiter gemeldet: Im Anschluß an den Empfang fand eine Beratung des heftigen Gesamtministeriums gemeinsam mit dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister statt. Die Beratung dauerte etwa anderthalb Stunden.

Reichspräsident Ebert erklärte zu der Frage der besetzten Gebiete, die Reichsregierung würde ihr die größte Aufmerksamkeit und sie werde alles tun, um größere Erleichterungen für die besetzten Gebiete zu schaffen.

Reichswehrminister Noske machte Mitteilungen über die Ueberführung des derzeitigen Heeres in den kommenden Friedensstand und erklärte, daß im Einvernehmen mit den Alliierten die Herabsetzung der Heeresstärke in der Hauptsache erst im kommenden Herbst vorgenommen werden wird mit Rücksicht auf im Winter etwa neu ausbrechende Putsch und Unruhen. Was besonders Noske betrafte, so sagte der Minister an, daß in den besetzten Garnisonen vordringende Angehörige des heftigen Volkes garnisoniert werden sollten.

Zur Noskefrage äußerte sich die Reichsleitung ähnlich wie in München, Stuttgart und Karlsruhe. Ferner wies der Reichswehrminister darauf hin, daß die Unruhen in Oberösterreich nur durch das schnelle und energische Eingreifen der Reichswehr unterdrückt werden konnten und daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, bei allen Umständen mit größter Schärfe und mit gleicher Schärfe vorzugehen, damit endlich Ruhe in Deutschland geschaffen werde. Bedauerlicherweise seien besonders die bürgerlichen Kreise noch nicht zum Vertrauen in die Zukunft des deutschen Volkes durchgedrungen. Ohne dieses Vertrauen aber sei ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich.

Wenn die Angaben Noskes sich bestätigen, so hat er den ersten unblutigen Sieg über die Entente errungen. Sein Neben ist erhöht worden: die Herabsetzung der Heeresstärke auf die im Friedensvertrage festgesetzte Zahl tritt vorläufig nicht in Kraft. Das deutsche Volk behält seine geliebten Noskegarde, die Offiziere bleiben auf ihren aufbehaltenen Posten, die Regierung kann auch weiterhin ihren 'festen Entschluß' durchzuführen, mit 'gleicher Schärfe' vorzugehen wie bisher.

Von Interesse wäre es nur noch zu erfahren, welche Gegenleistungen die Regierung gegenüber der Entente übernommen hat, um die jetzige Heeresstärke behalten zu können. Wegen der schönen Augen Noskes hat die Entente ihre Einwilligung sicherlich nicht gegeben.

Heuchlerisches Spiel.

Der Aufmarsch der konterrevolutionären Kräfte im Osten geht seiner Vollendung entgegen. In allen Teilen der Ostfront, von Finnland bis Rumänien, stehen Truppenmassen bereit, um den konzentrischen Angriff gegen die russische Sowjetrepublik zu beginnen. Es sind zum kleinsten Teile Truppen der Entente selbst, vielmehr besteht das Gros der aufmarschierenden Armeen aus Soldaten der ehemals russischen Randländer, aus Finnen, Esten, Litauern, Polen, Ukrainern, die allerdings von der Entente reichlich mit Waffen und Kriegsmaterial ausgerüstet worden sind. Das Rückgrat dieser Armeen besteht jedoch aus russischen und deutschen Freiwilligenformationen, die unter dem Kommando russischer und deutscher Generale stehen. Während im Süden General Denikin mit starken Kräften gegen Sowjetrußland kämpft, sind an der baltisch-litauischen Front General Judenitsch, Fürst Wiewen und Graf v. d. Golz die Hauptführer der konterrevolutionären Offensivkräfte gegen die russische Sowjetrepublik. Die preussisch-russische Junterallians tritt hier klar in die Erscheinung. Begünstigt von der deutschen Regierung, die die Aufstellung dieser konterrevolutionären Armee förderte und duldet, verwandten deutsche und russische Armeeführer Ostpreußen und Litauen in das wichtigste Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland. Von hier aus soll der tödliche Stoß geführt werden, der die Front der Roten Armee durchbrechen und dem Vornach der zaristischen Konterrevolution die Wege ebnen soll.

In dieser Situation droht es das Organ der rechtssozialistischen Heeresmehrsheit, der 'Vorwärts', ein zweideutiges Lied darüber anzustimmen, daß Rußland verloren sei, weil die Sozialisten der Ententeländer es im Stich gelassen hätten. Jetzt, nachdem mit Hilfe der deutschen Regierung der Aufmarsch der Konterrevolution gegen Rußland vollendet ist, schildert der 'Vorwärts' in den schwarzesten Farben die drohenden Gefahren eines Sieges der sozialistischen Reaktion im Osten und fragt dann zerknirschend:

Was tun die Ententesozialisten, um diesen Sieg zu verhindern? Wir sehen einen Teil von ihnen mit starken revolutionären Worten um sich werfen, aber revolutionäre Worte sind noch keine revolutionären Taten. Wer glaubt noch, daß der Verlauf der militärischen Aktion gegen Rußland durch die Weltrevolution gesichert werden könnte? Mit pathetischen Versprechungen ist aber weder Rußland noch geholfen, und wenn es mit der Weltrevolution so wenig ernst ist, wie sich mit jedem Tag deutlicher zeigt, dann läte man besser, nicht soviel über sie zu reden, sondern lieber die Dinge so zu nehmen, wie sie sind.

Ja, es wäre wirklich besser, die Dinge so zu nehmen, wie sie sind. Die Dinge liegen aber in Wirklichkeit so, daß nicht das Ausbleiben der Weltrevolution, über die der 'Vorwärts' höhnt, sondern die in Deutschland eingetretene Konterrevolution eine der wichtigsten Ursachen der jetzigen Offensivkräfte gegen Sowjetrußland ist. Es ist eine beispiellose Heuchelei, wenn der 'Vorwärts' jetzt diese grundlegende Tatsache zu vertuschen sucht. Es ist eine bodenlose politische Unaufrichtigkeit, wenn der 'Vorwärts' jetzt die Schuld seiner eigenen Partei vergessen zu machen sucht, indem er gegen die französischen und englischen Genossen loschreit, die angeblich nichts unternommen, um der bedrängten russischen Sowjetrepublik zu Hilfe zu kommen.

In Wahrheit liegen die Dinge in Frankreich und England so, daß unsere dortigen Genossen mit dem Aufbegehren aller Kräfte gegen die verbrecherische Politik des Ententes-Imperialismus im Osten ankämpfen. Seit Monaten wird dort in der Presse und in den Versammlungen ein ununterbrochener Kampf gegen die Interventionspolitik der Alliierten in Rußland geführt, und dieser Kampf hat nicht nur die Revolutionierung der Massen angebahnt, sondern er hat die Regierungen auch gezwungen, große Truppenkontingente aus dem Osten zurückzubefördern und die geplanten Aktionen immer wieder zu verschieben. Wenn unsere französischen und englischen Genossen in ihrem Kampf gegen die russische Einmischung keinen durchschlagenden Erfolg davongetragen haben, so liegt das nicht an ihrem Mangel an Energie und gutem Willen, sondern einerseits an der vorläufigen Ungunst der Machtverhältnisse in ihren Ländern und andererseits an dem Eintritt rückläufiger Bewegungen in den russischen Randländern, die die Entente in den Stand setzten, ohne Einschlag großer Menschenmassen die Offensivkräfte gegen Sowjetrußland zu organisieren.

Gerade hier hat die deutsche Regierung die Hände der Entente-Imperialisten auf das kräftigste unterstützt. Ohne die konterrevolutionäre Disziplin der Eber-Noske-Regierung wäre die Entente kaum in der Lage gewesen, ihre jehige Offensive gegen Sowjetrußland zu unternehmen. Abgesehen von der finnischen Armee im Norden und der Armee Denikins im Süden verläßt die Entente an der ganzen Ostfront über keine nennenswerten militärischen Kontingente, die für eine Offensive ernstlich in Betracht kämen. Erst mit Hilfe der Eisernen Division des Grafen Goltz kann die Entente es wagen, die Offensive gegen die russischen Roten Armeen zu beginnen.

Bieten die wohlaustrüsteten, landgestützten Truppen des Grafen Goltz das Rückgrat der an der Ostfront eingeleiteten Kräfte der Entente, so bildet die eberitische Republik das Hinterland, aus dem die im Osten aufgestellte konterrevolutionäre Armee ihre Kräfte zieht. Hier, im gesegneten Deutschland ist seit Monaten der Menschenhändler für die russischen Konterrevolutionäre offen betrieben worden. Zu Tausenden sind deutsche Soldaten für die Ostarmee angeworben worden. Unermüdete Mengen an Seereskräften, Proviant, Bekleidungsgegenständen wurden den russischen Weissen Gardes und ihren deutschen Söldlingen zugeführt. Millionen über Millionen an deutschen Reichsmitteln wurden für das konterrevolutionäre Abenteuer im Osten verpfändet. Alles, was die deutsche Konterrevolution als bündnisfähigen Faktor für die Entente und die zaristische Gegenrevolution erscheinen zu lassen.

Nicht minder verhängnisvoll wie diese Vorbereitungen, deren Früchte sich jetzt bereits in Rußland und Litauen zeigen, war die Politik, die die deutsche Regierung gegen die russischen Kriegsgefangenen betrieb. Nicht genug, daß diese Gefangenen auch nach dem Abschluß des West-Vitovsker Friedens von der wilhelminischen Regierung vertragswidrig in Deutschland zurückgehalten wurden, auch von der republikanischen Regierung Eber-Noske sind die russischen Gefangenen rechtswidrig zurückgehalten und der russischen Konterrevolution ausgeliefert worden. Bereits am 10. April hat die Entente durch eine Note an die Massenstillstandskommission mitgeteilt, es stehe der deutschen Regierung frei, die russischen Kriegsgefangenen in die Heimat zu befördern. Die Regierung unternahm nichts, um diese Heimbeförderung durchzuführen, vielmehr gestattete sie den zaristischen Offizieren, eine ziellose Propaganda für den Eintritt in die Weissen Gardes unter den Gefangenen zu entfalten.

Die Behandlung der russischen Kriegsgefangenenfrage durch die republikanische Regierung bietet einen augenfälligen Beweis dafür, wie wenig sich im Grunde die Kriegspolitik im Osten im „neuen Deutschland“ gewandelt hat. Bis zum militärischen Zusammenbruch Deutschlands war Rußland die wehrlose Beute des deutschen Imperialismus, der aus dem Körper des russischen Reiches die besten Stücke herauschnitt. Nach dem Zusammenbruch ist Rußland noch immer das Kompensationsobjekt für die bankrotte deutsche Politik, mit dessen Hilfe die Kräfte der Vergangenheit wieder nach oben zu gelangen hoffen. Unter Wilhelm II. lebten die kaiserstreuen Rechtssozialisten ihr Stöckchen unter der Eroberungs- und Aufstellungspolitik im Osten. Unter dem gezeichneten Präsidensschaft Eberts führen sie selber, im Bunde mit den kaiserstreuen Generalen, eine Politik, die auf die Förderung der Konterrevolution, auf eine offenkundige Unterstützung der Offensive gegen Rußland hinausläuft.

Just in diesem Augenblick wagt es das Organ der Rechtssozialisten, der „Vorwärts“, bittere Tränen über die Offensive zu vergießen, die Ententesozialisten anzuklagen und sich selbst als „ehrlichen Vorkämpfer“ im Osten anzubieten. Gibt es denn wirklich keine Grenze, an der die Schwandhaftigkeit dieser Leute Halt macht?

Unwerbung von Technikern für das russische Freiwilligen-Korps Graf Keller.

In den Kreisen der deutschen Ingenieure und Techniker wird zur Zeit für die Rekrutierung des in Litauen von den Russen aufgestellten Freiwilligenkorps eifrig geworben. Es soll fast ausschließlich aus Deutschen zusammengesetzt sein und deutsches Kommando erhalten. Es besteht die Gefahr, daß hier viele hellenköpfige Techniker glauben, eine Arbeit anzunehmen zu sollen, ohne daß ihnen bekannt ist, zu welchem abenteuerlichen Zweck sie hier Verwendung finden sollen.

Die Wallensteinerei.

Unter dieser Überschrift bespricht die „Berliner Volkszeitung“ das gegenwärtige Treiben der Reaktion. Nachdem sie daran erinnert hat, wie nach dem 9. November die Vaterlandsparteiler und Deutschnationalen in Schlesien umhergegangen und sich Wäpfe von den Sozialisten beschaffen ließen, um unangesehen aus Berlin herauszukommen, schreibt sie:

„Kaum hatten aber die Verhältnisse einen gewissen Ruhepunkt erreicht, so erhob die Reaktion fühner als je das Horn, und besonders, seitdem die Rechte weiß, daß Herr Noske ihren Gesinnungsgenossen in der Armee weit entgegenkommt, greifen sie gleich nach der ganzen Hand. Die Reaktion ist heute so strupplos geworden, daß sie die antisemitische Dehe in das Meer zu tragen wagt, ihre Sendboten bearbeiten die Reichswehr, deutschnationalen Heftschreibern werden die Soldaten direkt zugeleitet, und zwischen den aktiven Unteroffizieren und Mannschaften lämpfen sich ausgesprochen parteipolitische Fäden nach dem deutschnationalen Parteibureau, zu dem natürlich längst feste Beziehungen seitens zahlreicher Offiziere bestehen. Die Verhältnisse sind infolgedessen heute so weit, daß Offiziere, die sich zur Republik bekennen, von ihren monarchistischen Vorgesetzten gemahregelt werden, und die Fälle, wo despektierliche Kennerungen durch Offiziere gegen die Regierung fallen, mehrten sich in erschreckender Weise. Singu tritt, daß die Streitkräfte in Rußland sich offen gegen die deutsche Regierung, der sie nach der neuen Verfassung untersteht, auflehnt und ihr den Gehorsam einfach ausgesagt hat. Der General Graf von der Goltz hat dabei eine Notation für den Anschlag seiner Truppe an die gegenrevolutionären russischen Generale, Subjekte und Revolutionäre, und er

verbietet es einfach, daß in seiner Truppe gegen den Uebertritt zu den Russen optiert wird.“

Die Regierung kämpft mit einem reichlichen Aufwand von Papier und Druckerwärme gegen diese Wallensteinerei, aber wie wenig energisch sie sonst sei, geht daraus hervor, daß sie die Armee noch nicht einmal auf die republikanische Verfassung vereidigt habe. Das Blatt ist noch so optimistisch zu glauben, daß die Ablegung des Eides mehr als eine Formalie sei, während die deutschnationalen Presse sich bereits eifrig um den Nachweis bemüht, daß zwischen dem Ablegen und dem Halten des Eides ein Unterschied besteht. So geht es deshalb nicht weiter.

Auch das „Berliner Tageblatt“ fordert die Vereidigung der Truppen und macht darauf aufmerksam, daß die „Deutsche Zeitung“ angefündigt hat, daß der Sturz der jetzigen Regierung nicht mehr lange auf sich warten lassen werde und daß das, was dann kommen werde, nicht die „Diktatur der vernünftigen Mitte“ sei, sondern etwas ganz anderes.“

„Will die Regierung die Gefahr nicht sehen, die ihr immer unverbüllter von rechts droht,“ so fragt man das „Berliner Tageblatt“. Wir aber antworten: Die Regierung will weder diese Gefahr sehen, noch kann sie gegen sie handeln, denn sie ist die Gefangene dieser Reaktion und schon jetzt nur ihr willfähiges Werkzeug.

Das Spiel mit dem Feuer.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß gewisse militärische Kreise mit allen Mitteln die Verbreitung falscher Nachrichten über bevorstehende sozialistische oder unabhängige Erhebungen betreiben, um vor der Öffentlichkeit ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen. Ein besonders klassisches Beispiel hierfür ist München. Nachdem wir schon zu verschiedenen Malen auf die unerbittliche Tendenz dieser Nachrichten hingewiesen haben, bringt nun auch das Regierungsblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, einen Bericht aus München vom 29. August, der die vollste Befestigung unserer Behauptungen enthält. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

Der „Bayerische Anzeiger“, das Zentrumsblatt, sagte für heute „große Probemobilisierung der Unabhängigen für den in Vorbereitung begriffenen Aufbruch“ voraus. Es ist natürlich nichts geschehen, nichts ließ sich beobachten, was auch nur im geringsten darauf deuten ließe. Eine abendliche Waffenversammlung mit Simon, dem früheren Minister, als Vortragenden war alles. Weit beunruhigender noch lautet die in zäher Konsequenz aufstrebenden Nachrichten bestimmter auswärtiger Blätter. Ein Berliner Blatt („Belalangeher“, Red. d. Freiheit), das seiner ganzen Haltung nach seine Aufgabe darin zu sehen scheint, den Keufel an die Wand zu malen, kann sich in letzter Zeit mit allerhand beunruhigenden Nachrichten aus Bayern nicht genug tun. Danach steht jeden Tag dort oder dort, in Hof, in Franzen oder in Nürnberg der neue große Aufbruch bevor. Einen ganzen Organisationsplan mit allen Einzelheiten zu veröffentlichen, war jenes phantastische Organ in der Lage. Natürlich frimante nicht daran. Nicht nur die sozialistische Presse aller Richtungen hat diese Falschmeldungen als gefährliche Erfindungen auf — heut wieder schreibt die radikale Presse: Laßt euch nicht provozieren, Arbeiter! — auch große bürgerliche Blätter, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“, sehen darin ein wohlhabendes Treiben, ein verderbliches Spiel mit dem Feuer. So muß ja in dem laum zur Ruhe gekommenen Land neue Unruhe gestiftet werden. Und wir brauchen, um die Wirkung zu sehen, nur an jene offenen Fragen an die sozialdemokratischen Minister zu erinnern, wie sie längst von radikaler Seite gestellt wurden. Darin wurde gefragt, ob es nicht wahr sei, daß bestimmte reaktionäre Kreise mit bewusster Tendenz andauernd Nachrichten über bevorstehende Aufstände der Sozialisten in die radikale Presse lancierten, um so Aufstände ganz anderer Art zu heben und vorzubereiten.

Man kann zuvorschlag sagen, daß die Radikalen — mindestens in absehbarer Zeit — an irgendein gewaltsames Unternehmen in Bayern überhaupt nicht denken. Ihre Führer wissen genau so wie die Massen, wie schwer die beim Zusammenbruch der Rätediktatur erlittene Niederlage gewesen ist, daß sie alle insgesamt völlig waffenlos da stehen, jede Gewaltbahn und Vernichtung ihrer letzten Kräfte bedeuten würde.

Hier wird also treffend gekennzeichnet, welche wahren Absichten sich hinter diesen Salomonenreden über sozialistische Aufstände verbergen, was allerdings weder die reaktionären Kreise noch die bürgerliche Presse hindern wird, diese Dehe fortzusetzen. Sie will ja „Aufstände ganz anderer Art“ vorbereiten.

Hungerstreik schlesischer Schnitzhaffgefangener.

Als wir erfahren, sind am 30. August die Schnitzhaffgefangenen auf der Festung Wlask in Schlesien in den Hungerstreik getreten. Die Gründe sind in brutaler Behandlung und völliger ungenügender Ernährung zu suchen. Seit einigen Wochen wurde das dort verabfolgte Essen immer schlechter. In den letzten fünf Tagen erhielten die Gefangenen als einzige warme Mahlzeit eine dünne Wasseruppe, deren ekelhafter Geruch sie völlig ungenießbar machte. Die Bitte der Gefangenen, eine Probe dieser Mahlzeit an einen Arzt zur Untersuchung einzusenden zu dürfen, wurde abgelehnt. Da die Gefangenen den langsamen Hungertod vor Augen sehen, haben sie es vorgezogen, durch dieses letzte Verzweilungsmittel ihren Protest gegen ihre jeder Menschlichkeit widersprechende Behandlung zu bekunden.

Selbst die bürgerliche „Berliner Volkszeitung“ spricht von einer „geradezu viehischen Behandlung“ und verlangt, daß wenn die politischen Häftlinge schon nicht verurteilt oder freigelassen werden, sie wenigstens wie Menschen verpflegt werden. Und wir wissen uns mit den anständig Denkenden aller Parteien einig, wenn wir von der Regierung fordern, daß sie sofort die untergeordneten Instanzen zwingt, auch bei der Behandlung dieser wehrlosen Gefangenen, die seit zwei Monaten ihrer Freiheit beraubt sind, ohne der geringsten strafbaren Handlung überführt zu sein, die primitivsten Regeln der Menschlichkeit einzuhalten, ohne daß derartige Verzweilungsoffen notwendig werden.

Spiegelarbeit in Oberschlesien?

Unser Leipziger Parteiblatt, die „Volkszeitung“, ist in der Lage, ein überaus interessantes Dokument zu veröffentlichen, das zweifellos geeignet ist, die offiziellen Beröffentlichungen über Oberschlesien wirksam zu ergänzen. Das Dokument lautet nach Fortlassung des ersten Teils, der einen der bekannten Spiegelberichte enthält, folgendermaßen:

Stab der 117. Inf.-Div.
Wehlitz
Z. N. 1489/19.
An das Generalkommando des G. A. R.
Wehlitz, 24. April 1919
Breslau

Die Polen verhalten sich ruhig. Jedoch ist Anzeichen vorhanden, daß dieselben in Kürze wohl auch unternommen werden. Sie betreiben jedoch ihr Werk verheimlich und geheim, daß ein offenes Einschreiten unsererseits nicht möglich ist. Es gilt also, die Polen so weit zu bringen, daß ihrerseits eine vorzeitige Erhebung stattfindet, und werden unsere derzeitigen Maßnahmen vollst. genügen, um der Bewegung Herr zu werden. Unsererseits wird nichts unversucht gelassen, um es zu verhindern.

Zu näheren Verständnis dieses Dokuments teilen wir mit, daß dieser Hauptmann Gall am 24. August der Ententeskommission, die die Vorgänge in Oberschlesien untersuchen soll, im Stabsquartier der 117. Infanterie-Division in Wehlitz die Entwicklung des polnischen Aufstandes und die jehige militärische Lage schilderte. Nach dem offiziellen Bericht bewies er an der Hand zahlreicher Dokumente, daß der Aufstand ein rein polnischer und kein sozialistischer gewesen ist.

Es kann natürlich keinem Zweifel unterliegen, daß gerade Herr Hauptmann Gall, der die Polen, die sich ruhig verhalten, so weit bringen will, daß sie ihrerseits eine vorzeitige Erhebung machen, zu einer objektiven Information der Ententeskommission die allgeringste Bemühung ist.

Die Leipziger „Volkszeitung“ teilt dann ferner die Schreibung des Herrn Wilhelm Barckard, des Trauennannes des Herrn Göring mit, dessen vor dem Logen gemeldete Berufung ins Reichsministerium zum Vornam zur Übernahme des Dezernats Oberschlesien jetzt bemerkt wird. In ihm erklärt Barckard u. a., daß er zehn Jahre lang seit dem letzten Tagesfesten von 16. August 1918 habe, die die stille Agitation durch die und Herreisen ausüben sollen.

Wir glauben, daß sich ein Kommentar zu diesen Mitteilungen wohl erübrigen dürfte und sind gespannt, welche amtliche Stellen dazu zu sagen haben werden.

Die französischen Sozialisten gegen Noske.

Ein vernichtendes Urteil des „Populaire“.

Die Rechtssozialisten gehen noch immer mit dem besten Haufen — so auch der in Luzern so schmählich bestellte Wels in der Sitzung des Parteiaususses — die französischen Genossen billigten die jehige Haltung der deutschen Rechtssozialisten. Wie die französischen Genossen in ihrer Solidarität denken, zeigt der folgende Artikel im „Populaire“ vom 28. August, der sich mit Noskes Straftaten gegen den Vollzugsrat beschäftigt.

Noske hat soeben einen seiner gewohnten Generalauftritte vollendet, die an die Wiffalten unserer kaiserlichen Polizei erinnern. Unter dem Vorwand vorzubringen, provoziert er unter dem Vorgeben, die Demokratie zu verteidigen, teilte er die Freiheit mit Füssen, löst die Organisations auf und kerkert Mitglieder ein. Jedoch ist damit seine Tätigkeit nicht erschöpft, denn man hat seine brutale Faust selbst in der Reichstagskammer niedergeschlagen. Noske Lugenburg und so vielen anderen gefolgt. Dieser Sozialdemokrat — der er zu sein behauptet — mehr noch gegen den Sozialismus als zehn Hundert zusammen.

Niemand jenseits des Rheins wagt eifriger über die soziale Ordnung: Tag und Nacht wird eine kompakte, gut bezahlte Armee, der man nichts verweigert, von ihm gehalten, um die deutsche Revolution zu zügeln. Er hat diesen Punkt bezeichnet, den diese Revolution nicht überschreiten darf: den Punkt, wo die Wege des Reichsfallens und der Reichsbrüder Sozialdemokratie sich verhängnisvoll trennen würden. Er ist gleichzeitig der Louis Bonaparte, der Sozialismus und der Arbeiter des jehigen Deutschlands. Jetzt muß man sich davon; so rollt die bizarre Koalition, die Scheidemann und Erzberger zustande gebracht haben, dem Abgrund zu. Er hat dem neuen Regime seine Prädatoriergarde gegeben, und diese Regierung von allen Seiten bedroht ist und das Proletariat in Deutschland von Tag zu Tag mehr den erklärten Feind durchschaut, klopft diese Prädatoriergarde mit verdoppelten Schlägen. Noske mit der Hand an dem Schwertknäuel staukt die unwiderstehlichen Lauf der Dinge aufhalten zu können.

Er hat Bewunderer in Deutschland: alle diejenigen, die auf ihn zählen, um den Sozialismus zähmen zu können, die in dessen ihre Kapitalien nach dem Ausland verschicken. Er hat Bewunderer in Westeuropa, weil die Männer, die den Schrecken der Gewalt und der Herrschaft bis zu einem solchen Grad bringen, selten sind.

Noske wird einen Namen in der Geschichte hinterlassen, aber je mehr er Beweise der Sympathie und der Achtung den herrschenden Kreisen in Berlin und anderswo empfindet, desto mehr empfinden wir Leid und Schmach, ihn in der Internationale verurteilen zu sehen.

Einige predigen den proletarischen Waffen in den gegenüberstehenden Organisationen die Verschönerung der deutschen sozialistischen Parteien. Aber diese Verschönerung ist verhängnisvoll, und sie wird unumgänglich sein, solange die Partei ihre Noske und ihre Söldner behält — ihre Noske, die den Sozialismus hassen, und ihre Söldner, die Hunderte von Millionen den Kohenzollern anbieten.“

Das ist die wahre Meinung der französischen Sozialisten!

Gover europäischer Ernährungsobertom...

Nach dem „Petit Journal“ hat der Amerikaner Gover den Vorschlag eines hohen Oberkommissars für die europäische Ernährungsobertom...

